

POSITIONSPAPIER

Forderungen des Wirtschaftsrates für einen starken Finanzsektor in Europa

- **Rückkehr zur strikten Trennung von Geld- und Fiskalpolitik**
Geldpolitik kann weder für eine höhere Produktivität sorgen, noch die Strukturen der Wirtschaft in der Euro-Zone verbessern. Durch die Nullzinspolitik verunsichert die Europäischen Zentralbank (EZB) Unternehmen und Verbraucher und bringt gleichzeitig das deutsche Altersvorsorgesystem ins Wanken. Dafür besitzt sie keine demokratische Legitimation. Es gilt deshalb, die institutionalisierte Verquickung von Geld- und Fiskalpolitik aufzulösen. Der EZB muss der Geldwertstabilität verpflichtet bleiben. Wir brauchen dringend eine Neufestlegung des Mandats mit hochtransparenten und einfach überprüfbaren geldpolitischen Regeln. Um potentielle Interessenkonflikte zwischen der Rolle der EZB in der Geldpolitik und der in der Bankenaufsicht zu vermeiden, sollte die Aufsichtsfunktion mittelfristig aus der EZB herausgelöst werden.
- **Nullgewichtung von Staatsanleihen in den Bankbilanzen abschaffen**
Die regulatorische Vorzugsbehandlung von Staatsanleihen muss endlich beendet werden. Auch bei Staatsanleihen muss nach intelligenten Übergangsfristen gelten: Höhere Risiken müssen mit mehr Kapital unterlegt werden. Durch Großkreditgrenzen für staatliche Schuldner gilt es zudem, die Widerstandsfähigkeit der Banken gegenüber Schieflagen bei den Staatsfinanzen zu stärken.
- **Europäische Einlagensicherung und European Safe Bonds ablehnen**
Solange nationale Politiken über das Schicksal des Bankensektors entscheiden, bietet eine gesamteuropäische Einlagensicherung gefährliche Fehlanreize. In mehr als der Hälfte der EU-Staaten sind die nationalen Einlagensysteme zudem noch nicht einmal Realität und die entsprechende Auffüllung mit notwendigen Mitteln meilenweit entfernt. Vollkommen unverständlich ist, warum die EU-Kommission ohne erkennbaren Grund und Zeitdruck übliche Verfahren umgeht – so ist noch nicht einmal ein Konsultationsverfahren durchgeführt worden. Eine Transferunion gilt es zu verhindern – ob für eine gesamtschuldnerische Haftung in einem EU-Einlagensicherungssystem, für European Safe Bonds oder für eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung. Finanzhilfen müssen immer verbindlich an die Umsetzung von Reformprogrammen geknüpft sein.
- **Qualität vor Quantität bei Finanzmarktregulierung**
Die Finanzkrise hat eine umfangreiche Neuregulierung des Bankensektors notwendig gemacht. Doch die Vielzahl unterschiedlicher Regulierungsmaßnahmen hat zu unbeabsichtigten Wechselwirkungen und Konsequenzen geführt. Bewährte nationale Besonderheiten, die sich in der Vergangenheit durch eine hohe Krisenresistenz ausgezeichnet haben, drohen unter die Räder zu kommen. Umso wichtiger ist eine umfassende Evaluierung der bisherigen Maßnahmen, mit dem Ziel, Widersprüchlichkeiten, Lücken und unnötige Belastungen aufzudecken. Eine wirkungsvolle Finanzmarktregulierung muss konsequent am Prinzip der

Proportionalität ausgerichtet sein und die Stabilität, die Leistungsfähigkeit des Finanzsektors sowie das Zusammenwirken aller Maßnahmen gleichermaßen im Blick behalten.

- **Internationale Wettbewerbsverzerrungen durch Basel III verhindern**

Es müssen dringend die Besonderheiten des europäischen Bankensektors berücksichtigt bleiben. Keinesfalls sollten Regulierungsstandards aus den USA eins zu eins auf Europa übertragen werden. Es macht keinen Sinn, sich einer Verschuldungsquote amerikanischen Zuschnitts zu unterwerfen, obwohl wir wissen, dass Europas Banken viel mehr Unternehmenskredite und Baufinanzierungen in ihren Bilanzen haben. Ebenfalls entscheidend ist, die Gewährleistung des internationalen Level-Playing-Fields. Eine einseitige Umsetzung der EU – wie bei Basel II – darf es nicht wieder geben. Um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, müssen die USA die Regelungen zu Basel III gleichzeitig mit der EU implementieren.

- **Kapitalmarktunion zum Wachstumsmotor machen**

Es ist richtig, dass die EU-Kommission das Projekt Kapitalmarktunion mit Hochdruck vorantreibt und die gewaltigen Chancen eines europäischen Binnenmarkts für Finanzierungsinstrumente nutzen will. Europa darf sich die Ineffizienz von 28 zersplitterten Kapitalmärkten nicht länger leisten. Gerade weil Banken ihre Bilanzen schrumpfen und weniger Kredite vergeben, wird ein gemeinsamer Kapitalmarkt wichtiger, um Unternehmen zu finanzieren. Es gilt einen Rahmen zu schaffen, der Investitionen begünstigt und die Finanzierungsbedürfnisse kleiner und mittlerer Unternehmen verbessert. Entscheidend wird bei der Ausgestaltung der Kapitalmarktunion jedoch sein, dass Kapitalmarktinstrumente und klassische Bankfinanzierung nicht gegeneinander ausgespielt werden und etwa Kapitalmarktfinanzierung regulatorisch privilegiert wird.

- **Für Frankfurt als starken europäischen Finanzplatz werben**

Der Brexit wird die tektonischen Platten auf den Finanzmärkten verschieben. Das kann eine große Chance für Deutschland sein. Für einen starken europäischen Finanzplatz in Frankfurt sprechen viele Fakten: Frankfurt ist das Tor zur größten Volkswirtschaft Europas sowie das europäische Zentrum für Regulierung und der Sitz der EZB. Zugleich liegt dort der größte Internetknoten der Welt. Frankfurt besticht durch seine gute Erreichbarkeit in der Mitte Europas sowie die hervorragende Verfügbarkeit an Arbeitskräften und der geplanten Fusion der Deutschen Börse mit der London Stock Exchange. Für die Politik heißt das jedoch, sich schnell von bürokratischen Hürden zu verabschieden, die im Ausland unbekannt sind und stattdessen europäische Standards zu etablieren wie etwa die Einführung eines befreienden IFRS-Einzelabschlusses oder die Abschaffung der AGB-Kontrolle im kaufmännischen Geschäftsverkehr. Aber auch Grundsätzliches wie die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und die vergleichsweise hohe Besteuerung von Unternehmen hierzulande müssen als zentrale Standortfaktoren auch mit Blick auf die Mitbewerber in Europa dringend unter die Lupe genommen werden.

- **Altersvorsorge aus dem Zangengriff von Niedrigzins und Bevölkerungsalterung befreien**

Einerseits führt die Bevölkerungsalterung Deutschlands umlagefinanzierte Gesetzliche Rentenversicherung an ihre Belastungsgrenze. Andererseits schmälert die extreme Niedrigzinsphase die Auszahlungen der eigenverantwortlichen, kapitalgedeckten Altersvorsorge. Umso wichtiger sind gerade jetzt Reformen für eine demografiefeste und ertragreiche Ausgestaltung der Alterssicherung. Entscheidende Faktoren dafür liegen in mehr Transparenz in der Altersvorsorge durch ein säulenübergreifendes

Renten-Informationssystem, in der automatischen Erhöhung des Renteneintrittsalters mit steigender Lebenserwartung; Vermeidung zusätzlicher Rentenlasten, die Beitragszahler und Wirtschaftskraft erdrücken; stärkere Förderung der eigenverantwortlichen Altersvorsorge; bessere Renditechancen durch höhere Aktien- und Immobilienanteile der Vorsorge; Beendigung der doppelten Belastung mit Sozialversicherungsbeiträgen bei der betrieblichen Altersvorsorge.

Berlin, im Januar 2017

Kontakt:
Klaus-Hubert Fugger
Pressesprecher
Wirtschaftsrat der CDU e.V.
Tel. 030/24087-301
Kh.fugger@wirtschaftsrat.de